

Deutsches Reich.

Der oberste Beamte.

Reichstagsabg. R a u m a n n befrichtigt in einem Leitartikel, den wir in der 'Neuen Hamburger Ztg.' finden, die letzte Rede des preussischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg im Landtag. Sehr guttendend sagt Raumann:

„Die Rede, die er am 10. Februar im preussischen Landtag über die Wahlrechtsfrage gehalten hat, war nicht ohne formale Klugheit, aber völlig ohne inneres Gefühl für das, worum es sich bei der Wahlrechtsfrage handelt. Als Beamter stellt er sich hin und rebelt gegen den Parlamentarismus an sich. Natürlich wird niemand befreiten, das Kreuz der Beamte hat, aber man wird gerade durch den Beamtenstand gespannt, auch die Rechte der Sache darzustellen, man wird genötigt zu fragen, wer den Aufschwung des Staatslebens herbeiführt hat. Ist die Leistungsfähigkeit der Staatsklassen ein Verdienst der Steuerämter oder der Steuerzahler? Ist die Einnahme der Eisenbahnen ein Verdienst der Betriebsbeamten oder der Bezahler von Zählarten und Frostdröhrern? Ist der Beamte der Schöpfer der Neuheit? Ist der Landrat die Quelle des Fortschritts? Wenn nicht, dann ist es auch falsch und muß verlehrend wirken, wenn über die Rechte der haushaltenden Beamter mit falschen Angaben hinweggegangen wird. Der oberste Beamte redet immer nur von der 'Form des Wahlrechts'. Er behauptet, daß das Volkinteresse an den parlamentarischen Verhandlungen für sich spricht, habe, daß die Demokratisierung des Parlamentarismus die Einnahme verheißt, kurz, er leugnet, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt des politischen Lebens steht. Das ist gegen den Gedankengang, mit dem vor Zeiten alle Parlamente befaßt worden sind. Mit dieser Rede des Reichstagsabg. R a u m a n n läßt sich auch der Reichstag befehle schieben. Wenn diese Rede den Geist der Staatsleitung wiederholt, dann gnade Gott allen Bürgerrecht! Was sind sie eigentlich da? Der Unterton soll verwaltet werden, aber mitreden soll er nicht! Ohne Zweifel wird Herr v. Bethmann Hollweg sagen, daß er nicht am Reichstagswahlrecht rütteln wolle, aber er rüttelt am Staatsbürgerrecht der deutschen Bevölkerung, denn so wie er kann nur jemand sprechen, der das einzige politische Recht des einfachen Mannes für eine Art von Luxus hält.“

Die nationale Gesinnung.

Von der nationalen Gesinnung mancher deutschen Fürstentümer gibt C r a n z w i c k in seinem „Geist der Zeit“ eine hübsche Probe; es ist nicht ohne Humor, daß gerade die „Alte deutsche Bl.“ diese kleine Episode aus dem umfangreichen Werke Arnolds anlässlich der jehigen Gedächtnisfeier ausbrachten:

„Der Freiherr v. o m S t e i n befand sich am russischen Hofe, die Schlacht von Borodino war geschehen und die russische Kaiserin, eine Wittwe, sagte zu Stein: „Nun ist noch ein französischer Soldat durch die deutschen Grenzen entzogen, so möchte ich mich schämen, eine Deutsche zu sein.“ Bei diesen Worten, so erzählt ein anwesender Russe, sah man Stein im Gesichtes so rot und lange seiner großen Nase vor sich wehen, daß er erbleute, vernagte, und erwiderte: „Gute Nacht! haben sehr unredt, solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen, nicht des deutschen Volkes ich schäme mich, sondern meiner Brüder, Bettler und Gensolen, der deutschen Fürken. Ich habe die Zeit durchlebt, ich lebe in den Jahren 1791, 1792, 1793, 1794 am Rhein. Nicht das Volk hatte Schuld, man wüßte es nicht zu gebrauchen. Sätten die deutschen Könige und Fürsten ihre Schuldigkeit getan, gimmer wäre ein Franzose über die Erde. Oder und Weisheit, geschweige über den Dnjper gekommen.“ Und die Kaiserin, erzählt Arnolt, hatte die Rede aufgenommen wie sie nicht anders konnte, und mit aller Haltung geantw.: „Sie müßten vielleicht recht haben, Herr Baron; ich danke Ihnen für die Bektion.“

Alquando mannosus jurabit! Freilich wäre es ungetreulich, die damaligen Fürsten alles für den Mangel an nationaler Gesinnung verantwortlich zu machen. Noch weit schlimmer war ihre abelige Umgebung, das Junkertum, das Gutsack F r e n t a g treffend also geschildert hat:

„Sie waren L a m p e, bei aller Kaufkraft ohne sehen Mut, sie wurden allgemein für eine Landplage gehalten und mit Schmeicheleien vergällert, aber sie waren bei alledem hochmütige, durchaus aristokratisch gesinnte Gelesen.“

Uebertreibungen.

Man scheidet uns: Gegenüber der an sich berechtigten Bewegung für Helmt a u s und gegen die Verunkeltung des Landvolkesbildes macht sich, wie dem „Hanswurst“ mitgeteilt worden ist, seit einiger Zeit auf Grund von Forderungen in der Auslegung und Ausführung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen in den Kreisen des Handels und in der Industrie die Besorgnis geltend, daß hierunter die berechtigten Interessen dieser Erwerbskreise leiden könnten. Weislich ist es wünschenswert, Kunst und Technik, künstlerische und wirtschaftliche Forderungen und Interessen in Einklang zu bringen, aber darüber muß man sich klar sein, daß der künstlerischen und künstlerischen Forderungen die Interessen von Handel und Verkehr in erster Linie zu berücksichtigen sind. Gewerbe, Handel und Industrie verdienen ihren Aufschwung nicht in geringer Weise den neuzeitlichen Betriebssystemen der modernen Propaganda und der Art und Weise, wie der moderne Kaufmann auch rein äußerlich auf seine Waren aufzuerbauen macht. Ramentlich gehört hierzu die Ausstattung der Landbesitzer, und die Art, wie die Zimmermeister der Hofmeister durch Plakate z. z. für die betreffenden Waren interessiert sind.

Es würde eine höhere Schädigung für die Beteiligten bedeuten, wenn auf diesem Gebiete unnütze behördliche Eingriffe dem Kaufmann das Leben schwer machten.

Ein Millionendefizit im bayerischen Staatshaushalt.

Der bayerische Staatshaushalt für 1908/09 schließt nach Mittelsungen, die der bayerische Finanzminister in der Budgetkommission machte, mit 22 800 000 Mark Mindererlösen gegen den Voranschlag. Dem stehen nur 17 Millionen Mark Mehreinnahmen gegenüber, so daß sich ein Defizit von 5 Millionen für die abgelaufene Budgetperiode ergibt. Der Regierung wurden zum Ausfüßig vorläufig 15 Millionen zur Verfürgung des allgemeinen staatlichen Betriebes bewilligt, der damit auf 68 Millionen ansteigt. Von den Mehreinnahmen ent-

fallen 3 800 000 Mark auf die Salzsteuer, 23 Millionen auf die Staatsbahnen und 6 Millionen auf die Post. Es ist immerhin ein großer Erfolg für die wohlgeordneten Steuerzahler, daß sich dieses betrübende Ergebnis der bayerischen Staatshaushalts in der Zeit der absoluten Zentrumsherrschaft einstellt.

Deutscher Bauernbund im Königreich Sachsen.

Kleinere und mittlere Gutsbesitzer Sachsens gründeten einen Deutschen Bauernbund im Königreich Sachsen. Er bezweckt die Befämpfung der Korruption der Rittergüter, unter Büßungnahme mit dem Mittelstand in Steuerfragen.

Parteinachrichten.

Magdeburg, 16. Febr. Geiern abend hielt der hiesige konervative Verein seine „Hauptversammlung“ ab. Auf der Tagesordnung stand: Die preussische Wahlrechtsfrage. Justizrath Schenk, einer der Führer der hiesigen Konfession, sprach eine gute Stunde zu dem Thema und kam zu dem Schluß, daß die Wahlreform in ihrer ursprünglichen Fassung nicht die folgende Begründung seiner Gegenseitigkeit zu der Vorlage: Das Verprechen, eine Wahlreform einzuführen, sei allerdings ein Voranversprechen gewesen, die heute nicht mehr bestehen. Die Wahlreform sei ferner dem Bismarck von 1866 geworden. Die Kadetten dieser aber in die Bürgerschaft gezogen sei, liegt auch der Regierung keine Veranlassung mehr vor, eine Reform anzustreben. — Das ist wenigstens offen. In Bezug auf die geforderte geheime Wahl ist Redner der Ansicht, daß das Zentrum die besten Gründe anführen könne; im Reichstagsbeschlusse der Reichstagskommission, wie gemeldet worden sei, ein Sonderkommisariat beschwerte u. a., daß nach der neuen Wahlreform ausschließlich der Obererkerkreise mit dem Wahlrecht, sofern keine Willkürmaßnahmen, zum Wahlrecht, einmütig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die konervative Fraktion erklärt wird, auch für die Sonderwahl mit dem Wahlrecht die Zulassung zur zweiten Wahlperiode zu beantragen, und in welcher weiter zum Ausdruck gebracht wird, daß man eine Wahlreform überhaupt für überflüssig hält, damit die Grundgesetze Preußens nicht erschüttert würden.“

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister, daß ein Entwurf über ein Staatsreformgesetz in Vorbereitung sei.

Die Wahlrechtskommission des Reichstags hat die Wähler der Agg. Arzhabt (konf., Mühlhausen-Vangerow) und Weyer-Parteien (Ztr., 4 Niederbayeren) für ungültig erklärt.

3 Nordhausen, 17. Febr. In der gestrigen Generalversammlung des „Liberalen Vereins“ unterzog Herr Justizrath Kossina in einem längeren von lebhaftem Beifall begleiteten Vortrag die preussische Wahlrechtsfrage einer harschen Kritik. Redner führte nach der „Nordbayerer Ztg.“ aus:

„Manchen man 60 Jahre auf das Gesetz gewartet habe, hätte man wohl etwas anderes erwarten können als diese dürftige Wahlreform. Das einzige gute Neue, das die Vorlage bringt, ist die Einführung der direkten Wahl. Weiterhin ist die sog. Begleitmaßnahme, die Klassenwahl, wobei jedoch die Bestimmungen getroffen sind, daß der Steuerbetrag über 5000 Mark nicht mehr berücksichtigt wird. Es soll dadurch der plebejische Charakter der Klassenwahl etwas gemildert werden. Eine der wichtigsten, aber ebenfalls sehr Neuerungen ist die Bestimmung über das Hinzuführen in eine höhere Abteilung, wo höhere Bildung, größere Wirksamkeit im öffentlichen Dienst und langjährige praktische Erfahrungen maßgebend sein sollen. Es kommt der Regierung allerdings weniger auf höhere Bildung als auf ein Geman an. Die ganzen Bestimmungen über diesen Punkt sind so ungeschickt und willkürlich, daß sie keine einzige Partei befriedigen können. Wissenschaftliche Bildung verleiht noch kein besonderes politisches Verständnis, auch die ungeschickliche Behandlung von Beamten mit dem Einjährig-Freiwilligen und mit Minderjähriger Dienstzeit einseitig und den Schritten und Angewandtheit aber an der Kritik heraus. Der neuen Wahlrechtsbestimmung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Wahl. Die Gründe, die dafür von der Regierung angeführt werden, seien völlig haltlos und sehr Neberausen. Die ganze Vorlage charakterisiert sich als dürftig und unbedeutend, daß sie für die Liberalen völlig unannehmbar ist. (Beifall.) Zur A m e r z können sich die Liberalen allerdings nicht an den von den Sozialdemokraten unternommenen Straßendemonstrationen beteiligen; man könne nur mit dem Stimmzettel in der Hand kämpfen, und es wäre wünschenswert, wenn die Sozialdemokratie uns hierbei nicht in den Rücken fiele. Straßendemonstrationen seien nicht nur unnütz, sondern direkt schädlich.“

Zum Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages schlug Redner eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde.

Parlamentarisches.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses legte am Donnerstag die Beratung der Vorlage des § 6, betrefend der Einteilung in Stimmbezirke, handelt, fort. Die Nationalliberalen beantragen hierzu, die Einteilung in Wähler nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in den Wahlbezirken vorzunehmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt. Zu Maß 2 des § 6, der die sogenannte Maximierung enthält und in dem bestimmt wird, daß, wenn der gesamte Stimmbezirk eines Wählers die Summe von 5000 Mark übersteigt, der Übersteig nicht berücksichtigt wird, liegt ein freirenterlicher Antrag vor, der dem Wahl folgende Bestimmung geben will: Übersteigt die Einkommensgrenze eines Wählers die Summe von 2000 Mark, so wird der Übersteig nicht darauf entfallenden Kommunalkaufschilling nicht eingerechnet. Die Kommission beschließt, gleichzeitig die Beratung des § 7 vorzunehmen, der von der Einteilung der Wähler in die einzelnen Abteilungen handelt. Hierzu beantragen die Nationalliberalen, daß die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens ein Zehntel der Wähler enthalten muß. Wo diese Zahlen nicht erreicht sind, werden zur Ergänzung der Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden Steuerleistungen bezogen. Die Freisinnigen beantragen hierzu die Abänderung, daß der ersten Abteilung mindestens ein Zehntel, der zweiten mindestens drei Zehntel der Wähler zugerechnet werden sollen. In der Debatte sprachen

Was zunächst den sozialdemokratischen Antrag anlangt, so behauptet er, daß er so verfaßt ist, daß man seine Tragweite nicht sorgfältig überlegen können. Auch seine Dauer ist, daß er überhaupt als Zusatz zum Zentrumsantrag eingebracht ist. Vielleicht könnte das, was an ihm richtig ist, nach Ablehnung des Zentrumsantrages von den Herren links als besonderer Antrag aufrecht erhalten werden. In seine Stellungnahme zum Zentrumsantrag ist folgende: Wir haben stets die Einkommen vertreten, daß jede Befristung der Abhaltung von Parteiverfassungen und der Spaltung von Parteien nicht, das sollen wegen vernünftiger ist. Wir wünschen, daß nicht nur gegenüber anerkannten Kirchen, sondern auch gegenüber den freien Denkenden, so den Christlichen, alle Befristungen von Staats wegen gleichgültig gemacht und danach behandelt werden. Aber die Trennung von Kirche und Staat ist eine sehr schwierige Sache. Der vorliegende Zentrumsantrag, der lediglich eine Fortsetzung des Landesangehörigen des Zentrums darstellt, geht weiter, als wir es verlangen haben, er fordert eine Blankovollmacht für ein Religionsgesetz unbestimmten Inhalts. Was aber das Zentrum unter Befristung von religiösen Freiheiten versteht, das sollen uns die Verhandlungen über die früheren Zentrumsgesetze hinreichend gezeigt. Der Antrag ist daher mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Der jehige Zentrumsantrag berührt auch Materien des zweiten Teiles des früheren Gesetzesentwurfes, der eine „freie Kirche in einem freien Staat“ antreibt, ein Gebote, der von uns abgelehnt werden mußte. So lange die Kirche Mittel zum Staat besitzt, muß sie sich auch staatliche Aufsicht unterwerfen lassen. Eine wie große Gefahr für den konfessionellen Frieden gerade von Seiten der katholischen Kirche vorliegt, zeigen uns die jüngsten Friedhofsfälle, die Mißbräuche-Konflikte neuerer Zeit zwischen protestantischer und katholischer Gemalt. Dazu kommt ein Ereignis aus allerletzter Zeit: das Vorgehen des Bischofs von Emma gegen die dortige Regierungskasse und die Behandlung dieser Angelegenheit hier durch das Zentrum. Alles das zeigt die wachsenden Machtbestrebungen der katholischen Kirche, namentlich auf dem Gebiete der Schule. Wir weisen alle Ansprüche der Kirche auf die Schule und auf die Lehrer energisch zurück. Wir glauben, die Annahme des Antrages würde nicht ein Mittel sein, die konfessionelle Zersplitterung in Deutschland hinanzuführen, sondern er soll lediglich einseitige politische und kirchliche Bestrebungen des Zentrums fördern. Aus allen diesen formalen und materiellen Bedenken müssen wir den in seinen Zielen unklaren und in seinen Konsequenzen unübersehbaren Antrag ablehnen. Wir hoffen aber, daß die Landesgesetzgebungen den von uns bezeichneten Wünschen Beachtung tragen werden. Wir sind dabei, die individuelle Bewusstseinsfreiheit religiös-frei zu lassen. Aber wir lehnen ein Eingreifen des Reiches hier in die Rechte der Einzelstaaten im Interesse des Friedens ab. (Beifall.)

Hr. David (Soz.): Wir fordern in unserem Programm Religionsfreiheit. Damit ist unsere prinzipielle Stellung gegeben. Wir haben den Kulturkampf an der Seite des Zentrums geschlossen. Wir wollen freie Arena für alle Religionsbekenntnisse. Das Zentrum hat viel aus dem Kerzhof und wollen die schweren Sünden der Finanzreform verzeihen machen, darum erheben sie jetzt ein großes Kulturkampfgeschrei. Ich verneine aber die Liberalen nicht; befestigen Sie doch jeden Seiten von Bekämpfung; und nehmen Sie damit auch den Schwärzen den Wind aus den Segeln. Lassen Sie doch die Katholiken jenseitig Propagieren machen, wie sie wollen; sie haben gegen daselbe Recht auf die Straße wie wir. (Beifall.) In der Kolonien des Zentrums nicht natürlich kein Mensch. (Anrede im Zentrum.) Gehen Sie können tolerant sein; nach glänzendes Zeugnis haben die Bischöfe dem König Leopold ausgesprochen. Das war wirklich tolerant. (Beifall.) Aber ihre moderne Forderung haben Sie im Jerev befestigt. Lassen Sie Ihre Forderung der Schule. Die gehört dem Staate. Wir verlangen Lösung jeder Weltanschauung. Der Bischof Bethmann, der hier nicht bezichtigt, aber Zeit hat, zu den Agrariern zu gehen, hat wenigstens die geistliche Censur erklärt. Die ist gefährlich für den Kopf der Dunkelmänner. Die Sozialdemokratie wird die Reaktion der Dunkelmänner, Junker und Jesuiten, niederretten. (Beifall bei den Soz., Gelächter im Zentrum und rechts.)

Hr. Gieseler v. Camp (Rp.)

gibt eine Erklärung namens seiner Partei ab. Die Reichspartei wünscht die Befreiung der Befristungen der religiösen Freiheit, aber sie hält es für bedenklich, gerade auf dem religiösen Gebiete dem Reichstages die Initiative zuzuwenden. Daher wird meine Partei den Zentrumsantrag ablehnen, natürlich auch den sozialdemokratischen.

Hr. Bolleremann (nl.)

hat inzwischen einen Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht. Sie findet morgen zu Beginn der Sitzung statt.

Hr. Wendts (Vole)

spricht im Sinne des Zentrumsantrags.

Hr. Niebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Vg.)

gibt eine ähnliche Erklärung ab wie der Vertreter der Reichspartei. Der Zentrumsantrag sei zu bejahen, er lehne ihn ab, ebenso den sozialdemokratischen.

Die Diskussion schließt.

Hr. Zehr v. Hertling (Ztr.)

bedauert im Schlußwort die ablehnende Haltung der Freisinnigen. Nicht Bismarck habe nicht erklärt, eine Resolution, die dahin ginge, die Einzelstaaten aufzuheben, den Zustand der religiösen Freiheit vorzubereiten, wäre abzuwarten. Weiter wolle auch der Antrag nichts. Von Herrschaftsgelassen der katholischen Kirche sei keine Rede. Den sozialdemokratischen Antrag lehnt der Redner ab. Die Sozialdemokraten beantragen namentliche Abstimmung auch über ihren Antrag. Auch diese Abstimmung findet morgen statt.

Am 1 Uhr beantragen die Freisinnigen Vertagung. Nachdem Vizepräsident Dr. Spahn widersprochen hat, wird der Antrag gegen die gelehrte Urte abgelehnt. Es folgt der Gegenentwurf über die Veränderung der §§ 114a u. w. der Gewerbeordnung. Durch die Vorlage wird der Bundesrat ermächtigt, Lohnbücher oder Arbeitszettel für bestimmte Gewerbe vorzuschreiben.

Die Abg. Dr. Pieper (Ztr.), Pauls-Rotsdam (konf.), Wang (Hl. Vp.) und Vogel (nl.) stimmen zu.

Staatssekretär Deßler

bittet, auch hier wie bei den Arbeitskammern das Gesetz nicht mit der Legimität zu bejahen. Seine Berücksichtigung würde dadurch nur hinausgeschoben werden. Die Frage der Konturrenzhandel wird im Reichsamt des Innern geprüft. Eine entsprechende Vorlage wird im nächsten Jahre kommen.

Hr. Mollenhuth (Soz.)

hält die Vorlage für unzulänglich.

Die Vorlage geht an die Arbeitskommission. Das Haus verlegt sich auf Freitag 1 Uhr: Namentliche Abstimmungen, sozialdemokratische Interpellation über die Ausgaben des Reichsanlagers im Abgeordnetenhause, Etat des Reichsanlagers des Innern.

Ausland.

Der Zollfriede mit Kanada.

— Laut einer Depesche aus Ottawa enthält der eben zwischen Kanada und Deutschland abgeschlossene Handelsvertrag folgende Bestimmungen:

1. Deutschland besteht nicht länger auf gleichen Rechten, wie England sie in Kanada genießt.

2. Kanada gewährt Deutschland denselben Tarif wie anderen Mächten, wodurch der Zulagssatz von 33 1/2 Prozent, der bisher auf deutsche Waren erhoben wurde, wegfällt.

3. Man hat sich verständigt, daß an Stelle dieses protektionistischen Abkommens ein handelsrechtlich-kanadischer Vertrag abzuschließen ist.

4. Gewisse kanadische Produkte können in Deutschland nach dem 1. März wieder unter den üblichen Zollbedingungen eingeführt werden.

5. Das provisorische Abkommen kann nach vorhergehender zweimonatlicher Kündigung aufgehoben werden.

Die seit den Jahren 1903 bis 1910 erhobene Zulagssätze auf deutsche Waren betrug 260 Millionen Mark, die deutsche Einfuhr ist in dieser Zeit von 280 Millionen auf 150 Millionen Mark zurückgegangen.

Job Chamberlains Eidesleistung.

Seine eigenartige Scene spielte sich im englischen Unterhaus ab, als der schwärzerte Josef Chamberlain den Sitzungssaal betrat und den Huldigungseid leistete. Der Sprecher begrüßte ihn als Staatsmann, der dem bekannten „herbenden Löwen“ gleich, zu seiner Rückkehr ins Unterhaus. Es wird hierzu gemeldet:

Josef Chamberlain erschien gestern trotz seines schweren Leidens persönlich im Unterhaus, um den Huldigungseid zu leisten. Sein Sohn Aulen Chamberlain und Lord Morpeth führten ihn nach seinem Sitz auf der vorderen Seitenbank. Er legte den Eid mit kaum vernehmlicher Stimme ab. Aulen Chamberlain unterzeichnete die Liste für ihn, und der einst lohmächtige Staatsmann fragte mit alternder Hand ein Kreuz neben seinem Namen, dann richtete er dem Sprecher die Hand und dankte sorgfältig geküßt, wieder aus der Kammer, in welcher er so viele Triumphe gefeiert hat.

Halle und Umgebung.

Salz a. S., 18. Februar.

Die Demonstrationsversammlungen am gestrigen Abend führten zu fernerer Zwischenfälle. Die Polizei hatte umfassende Maßregeln getroffen, auch Militär wurde in Bereitschaft gehalten. So lag z. B. in unserem Rathaus ein Militärkommando.

Auf dem Marktplatz hatten sich einige Hundert Neugierige versammelt, darunter die Mehrzahl Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts, Dienstmädchen und Konfektionisten; ihre Schaulust kam aber nicht auf die Kosten. Die Versammlungsbefugter zogen in Gruppen ohne Aufseherungen nach Hause.

Ein Fonds „zur vorbeugenden Armenpflege“.

Soll nach einem Beschluß des Magistrats geschaffen werden. In einer eingehend begründeten Vorlage, die namentlich auch das Verhältnis der Stadt zum Bürgerrettungsinstitut darlegt, wendet sich der Magistrat an die Stadtverordneten und beantragt folgendes:

1. von der Rückforderung des am 21. Mai 1909 an das Bürgerrettungsinstitut der Stadt Salz a. S. gezahlten Kapitals von 4000 Mk. nebst Zinsen abzusehen, vielmehr dieses Kapital nebst Zinsen dem Institut als Eigentum zur selbständigen Verwendung zu überlassen;

2. den Zuzusch, welcher bisher dem Bürgerrettungsinstitut aus den Zinsen der städtischen von gleichen Zwecken gewidmeten Fonds jährlich gezahlt worden ist, vom Jahre 1909 ab nicht mehr zu gewähren;

3. den noch vorhandenen Rest des städtischen Fonds für ein Bürgerrettungsinstitut im Betrage von ca. 6800 Mk. zu einem durch Anzinswachs und Ueberweisungen aus Sparfassenüberschüssen bis auf weiteres zu verzinsenden Spezialfonds der Armenverwaltung für vorbeugende Armenpflege zu bestimmen und sämtliche früheren Gemeindefonds, soweit sie einen anderen Zweck des Fonds bestimmen haben, aufzuheben.

Ueber den Zweck des neuen Fonds sagt der Magistrat: „Aus diesem Fonds soll die Armen-Direktion, nachdem er genügend angewachsen ist, Unterweisungen oder unwürdige Darlehen an Personen gewähren, welchen nach menschlicher Voraussicht durch einmalige, wenn auch größere Gaben zu geholfen werden kann, daß sie von der Armenpflege fern gehalten werden. Ferner sollen aus den Erträgen dieses Fonds Unterweisungen zu Laborkuren, Bandagenhalten, Heilkräutern, Kuren, Ferien-Kolonien und dergleichen gewährt werden. Die näheren Bestimmungen über die Verwaltung dieses Fonds werden einem späteren Beschluß beider städtischen Behörden vorbehalten, sobald der Fonds nach Ansicht des Magistrats eine genügende Höhe erreicht haben wird. Der Fonds wird bei dieser Regelung weit größeren Freieren der Bevölkerung zugute kommen, als wenn er seinem ursprünglichen Zwecke definitiv zugeführt würde.“

Der Bezirks-Eisenbahnrat

für die Bezirke Erfurt und Halle a. S. hatte vorgestern eine Sitzung im Rathausssaal zu Erfurt unter dem Vorsitz des Herrn Eisenbahnpräsidenten Rindermann-Erfurt.

Der erste zur Verhandlung ankommende Punkt betraf: Mitteilung der Neuweisen für den Bezirks-Eisenbahnrat und Beschlußfassung über die Zeitung seiner Verhandlungen für die Zeitperiode 1910-1912. Davon stellen die Handelsmänner, Kaufmannschaften z. pr. 10 Mitglieder und eben so viel Stellvertreter, nichtpreussische 12 und eben so viele Stellvertreter. Für die Handelskammer Halle ist Herr Kommerzienrat Heinrich Weiser, als dessen Stellvertreter Herr Dr. Kommerzienrat Carl Weiser, für die Handelskammer Leipzig Herr Dr. Kommerzienrat Theodor Habenditz-Weitzing-Blagum gewählt. Die Korporationen und Vereine (Industrie) entsenden pr. 12 Mitglieder und 10 Stellvertreter, darunter die Herren Dr. J.

Stroeng-Greppin bei Bitterfeld mit Direktor A. Gena-Güde Auguste bei Bitterfeld als Stellvertreter, Generaldirektor Bergmanns-Weiser für die Bezirke Dresden als Mitglied, Geheimrat Kommerzienrat Fritz Wolff-Erfurt mit Majoratdirektor Paul Friedrich-Eisenbach als Stellvertreter, Direktor Dr. Kren-Webau bei Weissenfels, mit Direktor Diederich Bierhoff-Halle als Stellvertreter, Direktor Dr. Runge-Weitzing, mit Herrn Jägermeister Dr. Brummel-Weitzing als Stellvertreter, Bergart Siemens-Halle, mit Generaldirektor Bergemeyer Hofmann-Halle als Stellvertreter. Die land- und forstwirtschaftlichen Korporationen belegen pr. 12 Mitglieder und eben so viel Stellvertreter, darunter die Herren Rittergutsbesitzer von Seibitz-St. Ulrich, mit Rittergutsbesitzer Dr. Dumbert-Dammendorf bei Weißenberg als Stellvertreter, Graf v. B. Schenburger-Felsberg-Weitzing, mit Rittergutsbesitzer Ritter v. Plotha bei Starg. Bez. Halle, als Stellvertreter, Oekonomist Dr. Wabe-Halle als Stellvertreter; nichtpreussische 3 mit eben so viel Stellvertretern, darunter Majoratserbe und Kammerherr Freiherr a. Seidenhof-Weitzing, mit Kammerherr Geh. Regierungsrat und Landrat von Krosch-Roda (S.M.) als Stellvertreter.

Im hängigen Ausschluß sind folgende Veränderungen eingetreten: Herr Fabrikbesitzer Carl Weitzing-Weitzing-Weitzing als Stellvertreter, Bergart Siemens-Halle als Mitglied, Fabrikant A. Schermerhorn-Zena als Stellvertreter.

Die Kammer hat eine gemeinsame Sitzung der Mitglieder aller drei Direktionsbezirke Erfurt, Halle und Weitzing unter dem Vorsitz des Herrn Eisenbahnpräsidenten Rindermann-Erfurt hatten. Er wollte auch der neue Eisenbahnpräsident Herr Sommer-Weitzing den Bescheid sich hier um die Wahl der Mitglieder in den Landes-Eisenbahnrat. Aus dem Landesstande sind zwei pr. 12, aus der Industrie zwei pr. 12 und zwei nicht-pr. 12, aus der Landwirtschaft eben so viel Mitglieder. Es trat hier nur eine Veränderung ein, gewählt wurde Herr Hermann-Wasserfall-Halle.

Den Mitgliedern des Bezirks-Eisenbahnrates für die Direktionsbezirke Halle und Erfurt wurde eine Vorlage der Kgl. Eisenbahn-Direktion Halle a. S., betreffend die Aufnahme von Lokomotiv- und Waggons in den Eisenbahnen a. d. S. (Kloßhoffer) und in der besonderen Kofenaustrahmetrie, angelegt, die in der Sitzung des hängigen Ausschusses am 26. Februar und in der Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrates Erfurt und Halle am 14. März beraten werden soll. Im Halenstande der Städte Weitzing und Weitzing-Nürnberg ist je ein Vertreter entsandt, das sich mit der Herstellung von Steinbohlen und Kofenbrettern befaßt. Um diese handelt es sich in der betr. Vorlage. Der Bezirks-Eisenbahnrat wird um eine gutachtliche Beurteilung ersucht, ob ein Bedürfnis angetragenen ist, Kofenbrettern in den Ausnahmefällen 2 und in die besonderen Kofenaustrahmetrie aufzunehmen. Der Vorlage ist eine Nachprüfung über den Bestand von Kofenbrettern in Weitzing-Halle und Weitzing-Nürnberg angelegt. Danach sind vierundzwanzig a) je fünf Begehren der Gemeinden „Eisenbahn“ 562 Lompa, b) in den ersten neun Monaten des Jahres 1909 1068 Tonnen.

Ferienwanderungen für Volks- und Mittelschüler.

Nachdem im vorigen Jahre zum erstenmal für die große Zahl der Volks- und Mittelschüler Ferienwanderungen in die nähere Umgebung unserer Stadt, Ausflüge, Spiele und bergeliehen unter Leitung hiesiger Studenten und Bürger veranstaltet wurden und das Unternehmen in allen Kreisen lebhaften Anklang fand, es beteiligten sich an demselben 2200 Schüler an den Ausflügen, soll der Versuch werden in den diesjährigen Ferien das mit so viel Erfolg begonnene Werk fortzuführen und, wenn möglich, zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Dazu ist es jedoch dringend nötig, daß sich noch eine große Anzahl Mitarbeiter in den Dienst der Sache stellen, da die meisten Führer des vorigen Jahres diesmal nicht in der Lage sind, sich der Sache zu widmen. Ebenso wäre es sehr zu wünschen, daß das Unternehmen eine selbsttätige Organisationsform annimmt, d. h., daß sich die Mitarbeiter und Helfer vereinsmäßig zusammenschließen, damit vor allen Dingen verantwortliche Stellen geschaffen werden, oder daß das Unternehmen sich einem der bestehenden gemeinnützigen Vereine angliedert.

Es ergeht daher an alle Freunde der Jugend und des Jugendwanderns und einen frisch-frischen Entschluß, an die Vereine mit städtischen Stellen, an die kommunalen Behörden und Verbände die Bitte, dem Unternehmen tatkräftige Unterstützung zu gewähren, insofern durch Stellung von Mitarbeitern, Führern und Helfern, als auch durch Spenden von Geldbeiträgen für den Fonds zur Unterfütterung der Unbemittelten durch Beihilfen für Fahrten und Lebensmittel. Geldspenden sind an das Bankhaus Haabengier, Gr. Steinstraße 10, auf das Konto der „Jugendwanderungen“ zu richten, während jede weitere Auskunft vom bisherigen Geschäftsführer, Herrn V. E. Steinhew 7/11, gern erteilt wird, an den auch Neuansmeldungen zur Mitarbeit zu richten sind.

Die Blütezeit der deutschen Bildhauerkunst im Mittelalter.

Im der getrigte Vortrag des Herrn Professors Dr. Adolf G. Schmidt beschäftigt sich mit den Skulpturen im Raumburger Dom. Die dort im Westchor aufgestellten Ständbilder der Stifter werden das für fortgeschrittene mittelalterliche Künstler machende Variationsprinzip an die Lebendigkeit der Figuren ist durch Variation der Gestaltung ausgedrückt. Trotz äußerer Missetätigkeit ist es dem Raumburger Künstler gelungen, innere Einheit zu wahren. Der Vortragende wandte sich dann gegen die in Zeiten-freien beliebte Deutung der Motive für ganze Handlungen, die nicht nur sinnlos, sondern auch den künstlerischen Aufstellungen entgegengekehrt sind. Der Name des Raumburger Künstlers, der den Dom mit seinen Kunstwerken schmückte, ist nicht bekannt. Die Forschung seiner mitunter wunderbaren Kunst findet man in Werken des Matzger und Weitzinger Doms wieder.

Der Schatz im Kanal.

Dem eifrigen Studium eines Räubertums ist es wohl zu zuschreiben, wenn eine Dreifachschiff auf den heimlichen Einfall kam, Sparschiffe mit Raubtarnen in einem Kanale zu entdecken und im Strohballen zu verbergen. Gestern nachmittag erregte es berechtigtes Aufsehen, als in der Schiffschiff mehrere Männer bemerkbar waren, die schweren Kanadabretter zu heben und den „verborgenen Schatz“ aus Tageslicht zu fördern. Die Jungens hatten, in die Enge getrieben, ihre Tat gelandet und das Versteck gezeigt. Sie erhielten eine angemessene Belohnung.

Herr Karp-Stolzenberg, der bisherige Schuldrentner des Halle'schen Stadttheaters, lang am versch. Freitag, gelegentlich eines Teatervand, der Herr Fürst und die Herrin zu Stolberg-Wernigerode in ihrem Wernigeröder Schloß veranstaltet hatten, eine Anzahl Mitglieder von Schubert, Wagner und List, die außerordentlich

die Konfessionen, Freireligiösen und das Zentrum gegen die Anträge der Nationalliberalen beim Freireligiösen alle Parteien mit Ausnahme der Freireligiösen selbst beizufügen den Antrag der letzteren.

Der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der freireligiöse Antrag gegen die fünf Stimmen der Freireligiösen, Sozialdemokraten und Polen, der nationalliberalen Antrag gegen die neun Stimmen der Nationalliberalen, Freireligiösen, Sozialdemokraten und Polen, der freireligiöse Antrag gegen die vier Stimmen dieser Parteien abgelehnt. Eine kurze Debatte entspann sich hierauf noch über die Bestimmungen in Art. 5 § 6, wonach die direkte Gemeindefürsorge nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate verlangten Grund-, Gewerbe- und Gewerbesteuer treten sollen. Von freireligiöser Seite wird diese Bestimmung damit bekräftigt, daß es eine Ungerechtigkeit sei, den Gutsbesitzern eine große Gemeindefürsorge aufzuerheben, die sie gar nicht bezahlen. Die Gemeindefürsorge der Vorlage wird gegen die fünf Stimmen der Freireligiösen, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Bestimmungen der Vorlage, wonach der anordnende Gemeindefürsorge jedes Wählers auf 5000 Mark nach oben begrenzt wird, wird mit allen gegen die vier nationalliberalen Stimmen angenommen.

Die Subkommission des Reichstages führte die Beratung des Beileidigungsparagrafen und damit die erste Lesung der Novelle zum Strafrecht zu Ende. Es lagen von Konfessionen und Zentrum Anträge nach der Richtung vor, die Verbreitung nachteiliger Tatsachen über fremdes Privatleben nicht als Beleidigung, sondern als besonderes Verbrechen des Geheimnisbruchs zu bestrafen. Die Grundgedanken des Entwurfs wurden von Freireligiösen und Sozialdemokraten bekräftigt. Schließlich wurde der Beileidigungsparagraf mit nur unbedeutenden Veränderungen der Regierungsvorlage angenommen.

Die Subkommission des Reichstages führte die Ausfertigung über die Organisation des Reichsbetriebes fort. Im Laufe der Sitzung hielt der Oberwerksdirektor von Weitzing einen langen, informierenden Vortrag. Auf freireligiöser Seite erklärte man sich durch die Ausführungen des Staatssekretärs über die Krieler Verhältnisse nicht für befriedigt. Man habe keine Reformvorschlüsse gemacht, und der Schuldige sei noch nicht gefunden. Der Staatssekretär erwiderte, die Reformfrage habe mit der Befreiung der Schuldigen nichts zu tun. Die Sache sei der Staatsanwaltschaft übergeben, mit dem weiteren Verfahren habe die Marineverwaltung nichts zu tun. Ein Zentrumserbe hat, daß alle Anzeigen bei der Vernehmung Widerstand finden und man nur seine Neben zu hören bekomme.

Eine längere Aussprache findet dann noch über die Art der Erledigung der Krieler Angelegenheit statt. Man verlangt mindestens eine disziplinarische Bestrafung der verantwortlichen Beamten. Der Justizrat des Reichsmarineministeriums bezieht sich auf das Beamtengesetz; danach könne man gegen den Beamten nicht vorgehen, weil er weder gewisshafte gewesen sei, noch sich unwürdig gezeigt habe. Sein Fehler liege in der falschen Beurteilung der Untergebenen. Nach Beendigung der Aussprache wurden von dem angeforderten Wertpersonal eine Reihe von Beamten: drei Konstruktionssekretäre, neun technische Gelehrte und ein Verwaltermeister geschickt. Der angeforderte Gewerbetreibende wird bemittelt.

Zur die Resolution der Sozialdemokraten zur Einleitung einer parlamentarischen Untersuchungskommission stimmen außer den Antragstellern nur die Polen. Auch die freireligiöse Resolution wird abgelehnt mit 14 gegen 12 Stimmen, gegen freireligiöse, Zentrum und Sozialdemokraten. Heute wird die Beratung fortgesetzt.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurden die Anträge der Nationalliberalen, Freireligiösen und Sozialdemokraten auf Reform der Ersten Kammer verhandelt. Die Sozialdemokraten wünschen deren völlige Abschaffung, die anderen Parteien mehr Verlässlichkeit aller Vereine und namentlich der Industrie. Staatsminister Graf Ribbunt lehnte unter dem Vorbehalt der Winken namens der Regierung furchbar alle Anträge ab.

Aus den Kolonien.

Keine Landesausstellung in Logo. Nach heftigen elngestrittenen Mitteilungen wird die für den November d. J. in Aussicht genommene Landes-Ausstellung Logo in Logo nicht stattfinden, da das Reichshauptamt der hierfür beantragten Bereitstellung von Geldmitteln seine Zustimmung verweigert hat.

Kleine politische Nachrichten.

Mängel im Submissionswesen. Auf Ansuchen weiterer Kreise des Mittelstandes und des Handwerks hat das Präsidium des Hansa-Bundes beschlossen, die Frage der Regelung des Submissionswesens in Arbeit zu nehmen und mit tüchtigster Befähigung eine Denkschrift darüber vorzubereiten.

Der Schwanenwettbewerb des Hansa-Bundes ist auf den 28. Februar und den 1. März nach Berlin einberufen worden. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Hof- und Personalnachrichten.

Herr Heinrich von Preußen hatete in London mehrere offizielle Besuche ab. Er sprach im Laufe des Mittwochs amittag im Marlborough House, im St. James-Palast und im Ministerium des Auswärtigen vor, wo er von Sir Edward Grey empfangen wurde. Weiterhin besuchte er den Premierminister, den ersten Lord der Admiralität Mr. Kenna und den deutschen Botschafter Grafen Wolf-Metternich. Am Nachmittag besuchte er die Neuerwerbungen des Museums der Royal United Service Institution. König Edward, der an den Neuerwerbungen und dem Ausbau dieser Sammlung regen Anteil nimmt, führte zusammen mit der Königin seinen Gast selber durch die Museumshalle. Bei ihrer Anfahr wurden das Königspaar und weitere mehrere Etappen. Nach einem Familienbesuch im Bunting- und Prinzessin-Bezirk von Preußen und die Prinzessin Viktoria von Wales einer Vorstellung im Majestic Theater bei.

38. Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

(Bericht verb.) S. u. H. Berlin, 16. Febr.

Zur Verhandlung stand zunächst ein Bericht des Direktors des Sekretariats der Kommissar Landwirtschaftskammer Dr. Schminke (Zittau) über die Ergebnisse der Schimpfungen gegen die Sämlingszucht der Kinder.

Der Redner führte aus: Die Impfung gegen diese Krankheit, die man auch als Blutharpen, Kattäfen, Rotwasser oder Weibrot der Kinder anprägt, ist eine Schimpfung genau nach Art der Vorkämpfung bei den Menschen. Und es wird den Kindern 3 Kubikmeter Blut von Säubern, welche die Geunde übergeben haben, unter die Haut geimpft. Das Gesundheitsamt der Kommissar Landwirtschaftskammer hat mit Unterstützung des Preussischen Landwirtschaftsministeriums den Impfstoff für das Jahr 1909 hergestellt und davon lieferte er an die Tierärzte die nötigen Mengen abgeben. Es sind über 2000 junge Kinder und 1000 erkrankte Kinder geimpft worden. Die Impfungen ergaben in 1,67 Prozent Geheile, was aber hinreichend ist, um die Impfung nur noch herabgedrückt werden können. Der Redner legte folgenden Rat an, der in der Welt weit, daß die Staatsregierung die Bekämpfung der Sämlingszucht fördern möchte durch die Beschaffung namhafter Beistellen zur Erforschung der von erst Gehenheit fest bekannten Ursachen dieser Geunde. Die Resolution des Referenten wurde beifolgend angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

„Gewinnung von Grundlagen für eine Betriebslehre des bauerlichen Betriebes in Deutschland“

Herr Prof. Dr. Ströbel (Hohenheim) führt den Antrag des Referenten Prof. Dr. Ströbel (Hohenheim) ein. Dieser erwähnt, daß die Betriebslehre gegenüber der Produktionslehre in der Landwirtschaft sehr zurückgefallen ist, und daß es bezüglich der wissenschaftlichen Behandlung der bauerlichen Betriebe an den wesentlichen Grundlagen fehle. Die bauerlichen Betriebe, wie sie für Einrichtung und Betrieb größerer Güter eingerichtet werden, lassen sich durchaus nicht ohne weiteres auf die bauerlichen Verhältnisse anwenden. Den hohen Rängen stellt im Großbetriebe der freie Arbeitsverdienst des Bauern im eignen Betriebe gegenüber. Die Grundbesitzverteilung und die Veranschlagung ist eine Erfindung, die man im Großbetriebe selten findet. Wie wenig man die Bauerwirtschaft bis jetzt genau (tubert hat, zeigt der Umstand, daß in landwirtschaftlichen Gütern immer nur zum Betriebleiter die Rede ist und nie von der Frau. Dabei ist aber die Frau in der Bauerwirtschaft ebenso wichtig wie der Mann. Das Referat verweist weiter auf die weit überlebende Zahl der Bauerbetriebe, was durch die neuesten Ziffern der statistischen Aufnahmen erwiesen ist. Das bisher geführte Material ist jedoch wertvoll, bezieht sich aber doch zum größten Teil auf Großbetriebe. Daher sind genaue wissenschaftliche Untersuchungen der Bauerbetriebe unerlässlich.

Der Korreferent Prof. Dr. W. Ketter (Breslau) geht davon aus, daß es seit etwa 1890 eine landwirtschaftliche Betriebslehre gebe, die zunächst ihre Ausgestaltung gefunden habe für die Zwecke der landwirtschaftlichen Großbetriebe. In neuerer Zeit ist die Entwicklung zurückgefallen und kann, wie folgt allgemein anerkannt wird, ihre Aufgabe für die Bedürfnisse der Praxis gützlich nicht erfüllen. Der Korreferent macht dann Vorschläge für die Durchführung seiner Ideen im einzelnen an der Hand der Resolution.

Dann trat die Mittagspause ein.

In der Debatte teilte v. Batzdorff (Weiden) mit, daß die Preussische Landwirtschaftskammer bereits einen Wanderversuch angeordnet habe, der einige die Aufgabe habe, die kleinen Betriebe der Betriebswirtschaft zu belehren. — Ministerialdirektor v. Hülsen beantragte, für die Betriebslehre in ganz Deutschland ein einheitliches Gremium aufzustellen, das allen die Bedürfnisse nach zu beschäftigen. Graf Schminke (Zittau) wies dagegen darauf hin, daß sich sehr noch einige grundlegenden allgemeinen Gültige Regeln aufstellen ließen.

Die Beschlüsse nahm schließlich nach langer Aussprache den Antrag der Kommission an.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung, dem Entwurf eines **Stellungsvermittlungsgezetes**

traden als Referenten Freiherr v. Wangenheim und Justizrat Schneider (Ettlin). Ersterer ging die einzelnen Paragraphen des Entwurfs durch, der den Wünschen der Landwirtschaftlichen Verbände, letzterer betonte besonders, daß der Entwurf Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Weise dienlich, wenn die sozialwissenschaftliche Arbeit im Vordergrund der Entwurf als nach nicht sehr genug beschränkt habe. — Die Beratsammlung nahm folgende von beiden Referenten befürwortete Resolution an:

„Der Entwurf eines Stellungsvermittlungsgezetes für das Reich entspricht nach Ziel und Fassung der einzelnen Vorschriften den vom Landwirtschaftsrat bereits in früheren Verhandlungen ausgesprochenen Wünschen.“

Darauf wurden die Weiterberatungen vertagt.

Vermischtes.

Im Hotel erschossen. In einem Hotel in Kansas City hat sich, nach einer Devisen des „Newport Herald“, gefeuert die Tochter des Senators für Westvirginien Steffen Elton erschossen.

Der Streit um das heilige Wasser. Der religiöse Fanatismus belehrenden Metropolit der in Georgia in der Krän zu einem aufreudigen Zwischenfall geführt. Die Kirchenoberhäupter wollten sagen, daß die großen Gefäße, in denen die Hinger des ausgedehnten mitgebrachte heilige Wasser verwahrt hatten, in den Gefährdung gebracht werden sollten. Unter den Gläubigen entzündet ist die höchste Erregung, keiner von ihnen ließ es gefahren; hunderte eilten zum Ausgang des Bahnhofs und warfen sich vor der Lokomotive auf die Schienen. Sie weigerten sich, aufzutreten und trennen, lieber zu sterben, als sich von ihrem heiligen Wasser getrennt zu werden. Die Erregung wuchs so hoch an, daß die Bahnhöfe, um Anstrichen zu vermeiden, schließlich nachgab und die Erlaubnis erteilte, die großen Krüge im Coups zu behalten.

Auswärtig. Die Gimmerstädte Verhandlung in Strudl überliefert an die Gemainen Anliehspostfaktoren von Stibata zum Bericht. Sieht man näher zu, so endet man, daß der Zeit auf ihnen gleichmäßig ist, transpondiert ist. Dessenfalls wollen recht viele Reiter diese unbedenklichen Maßnahme ernstlich von deutschen Schulen gerät.

Von einem Bären angefallen. Während einer Bärenjagd wurde der österreichische Jäger Graf v. Seredyb von einem angefallenen Bären angetroffen. Graf v. Seredyb konnte sich durch zwei wohlgeleitete Schüsse aus seiner gefährlichen Lage befreien.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börsen.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 212,25, Diskonto 172,62, Deutsche Bank 258,10, Berliner Handelsgesellschaft 182,90, Dresdner Bank 167,40, Russische Anleihe von 1902 91,70, Türkenloose 179,75, Lombarden 22,50, Kanada 181,57, Baltimore 114,30, Laurahütte 167,77, Bochumer Guss 246,10, Gelsenkirchen 216,50, Harpen 265,50, Deutsch-Luxemburg 217,25, Phoenix 219,75, A. H. J. 263,75, Siemens & Halske 230,75, Hamburger Paktaktier 157,20, Nordl. Lloyd 105,40. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Finkenberg Zement 4,75, Mark Zementfabr. 3,75, Oberschieß. Zement 2,50, Giesel Zement 3,25, Wickung Zement 4,50, Greiner 2,75, Liebocker Masch. 3,20, G. H. H. 1,10, Maschinen 2,10, Maschinen 2,10, Licht 4,25, Deutsche Tiefbau-Gesellschaft 1,75, Adlerhütte 2,50, Elektra Dresden 3. Bismarckhütte 2; niedriger: Howaldtwerke 12, Sachs. Webstuhlfabr. 2, König Wilhelm 2.

Zum Kurszettel. Berlin, 17. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 05/00 um 18 101,00/00, 4% Bayerische Staats-Anl. —, —, 4% Bayerische Staats-Anleihe 08 um 101,10/00, 4% Schwab. —, —, 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 03/00, 3 1/2% Ostafrikanische Schuldschein, par. 05/00, 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —, —, 4% Darmst. 1900 um 101,5 —, 3 1/2% Dessauer Stadt-Anleihe 1898 —, —, 4% Desseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09, 10/00, 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100,50/00, 3 1/2% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —, —, 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1898, 1899, 00, 01, 02 um 101,50/00, 4% Thorn. Stadt-Anl. 1900 um 101,9 —, —, 4% Westfälische Komm.-Obli. XX-XXII 101,80/00, 3 1/2% Österreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv., —, 4% Deutsche See-Werke 03/00, 4% Elberfelder Farben-Anl. 1917 101,50/00, Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06. 08 102,00/00.

Londoner Börsen. 17. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 82,06, Rio Pinto 76,75, Goldfeld 83,21, Goldfeld 83,21, Steel con. 82,93, Steel preis, 123,00, Rand Mines 9,53, Anaconda 10,31.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 17. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kalk V. A.	—	10,800	Hugo	4900	4900
Alexandershah	—	10,800	Langerode	5750	5600
Beinrode	6600	6500	Johnshahell	—	4800
Burbach	14,300	14,700	Justus I	115	117
Carlsbad	—	7800	Kaiseroda	—	9000
Geosenthal	—	8000	Stuzenthal-Akt.	121	122
Deudomera	8500	8900	Ludwigshall	—	110
Dtsch. Kalk-Akt.	139	141	Neustassurt	13,300	13,800
Eisenbleich	4700	4900	Reichskross	—	—
Friedrichshall	102	104	— (Lossa)	1250	1370
Glocka	—	18,000	Roland	—	128
Sönthehausen	—	15,000	Ronneberg (Akt.)	—	128
Günthershausen	4800	5000	Reibitz	2700	2700
Hess. Kalk-Akt.	—	5100	Sachsen-Eisnar	5800	5800
Hansa	—	4000	Schnehtkraute	—	—
Hawtorf Vorr.-Akt.	—	82 1/2	Shigraht	8700	8900
Helldorf	2500	2700	Sigmundshall	—	150
Heldrungen I	2500	2700	Trautonia-Akt.	124	126
Heldrungen II	2500	2700	Wilhelmshall	—	12,900
Hörsel	8000	8200	Wintershall	15,000	15,500
Hohensollern	5000	5250			

Handels-Depeschen.

Der Abschluss 1909 der Berliner Handelsgesellschaft.

H. Berlin, 17. Febr. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Berliner Handelsgesellschaft wurde der Abschluss für 1909 vorgelegt. Er ergibt einschliesslich des aus dem Vorjahre übernommenen Vortrages von 871 226 Mk. einen Reingewinn von 16 873 000 Mk. Nach Abzug der Verwaltungskosten und Steuern verbleibt ein Gewinn von 13 940 742 Mark bei 110 Millionen Kommanditkapital gegen 11 664 502 Mk. bei 100 000 Mk. Kommanditkapital im Vorjahre verfügbar. Gewinnberechtigt ist zum ersten Male in diesem Jahre das erhöhte Kommanditkapital von 110 Millionen Mark. Auf Antrag der Geschäftsinhaber beschloss der Verwaltungsrat, die im Jahre 1910 fällig werdende Talonsteuer auf das gesamte Kommanditkapital im Betrage von 1 030 000 Mk. zurückzustellen und vorbehaltlich der Genehmigung die Dividende für das erhöhte Kommanditkapital von 110 Millionen auf 9 Proz. festzusetzen. Alsdan verbleibt nach Abzug der Satzungen und vertragsmässigen Tantiemen ein Restbetrag von 1 054 465 Mk.

Aufnahme der Breslauer Wechselbank durch die Dresdner Bank. Die Bestrebungen der Dresdner Bank, in Schiesien festen Fuss zu fassen, scheinen sich jetzt in der Richtung hin verdichten zu wollen, dass die Dresdner Bank die Breslauer Wechselbank in sich aufnimmt. Die Aktien des Breslauer Instituts, das mit einem Aktienkapital von 12 Mill. Mk. arbeitet seit 1908 4 Proz., für die die Verträge in 6 Proz. Dividende gezahlt hat, zogen heute bei lebhaften Umsätzen um 1/4 Prozent auf 105 Proz. an. Die Dresdner Bank bezeichnet die Transaktion als noch nicht sprachlich.

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat bringt für 1909 entsprechend der bereits vor einiger Zeit bekanntgemachten Schätzung 5 Proz. (i. V. 10 Proz.) Dividende in Vorschlag.

Braunkohlen-Abbau-Vereine „Zum Fortschritt“ in Meuselwitz. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 12 Proz. (i. V. 15 Proz.) auf die Prioritätsstammaktien und von 8 Proz. (11 Proz.) auf die Stammaktien vorgeschlagen.

Lindener Eisen- und Stahlwerke Akt.-Ges. in Hannover-Linden. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 10 Proz. festgesetzt. Der Vorsitzende teilte mit, dass eine umfangreiche Vollkommnung der Werke beabsichtigt ist, wozu eine Kapitalerhöhung nötig sei. Die Aufträge betragen gegenwärtig über 150 000 Mk. mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Maschinenfabrik und Mühlenbaustatt G. Luther Akt.-Ges. in Braunschweig. Wie wir hören, hat gestern eine Aufsichtsratssitzung stattgefunden, in der mitgeteilt wurde, dass die Beschäftigung im laufenden Jahre bisher befriedigend war und auch für weiterhin genügend Aufträge zu besseren Preisen vorliegen. Daher erwarte die Verwaltung auch für das am 30. Juni ablaufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Erträgnis (im Vorj. 6 Proz. Dividende).

Der Generalversammlung der Leitender Immobilien-Gesellschaft genehmigte die Verteilung von 9 Proz. Dividende und beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um 3 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark. Die junken Aktien werden einem Konsortium zu 15 Proz. überlassen, das die alten Aktienaktionäre im Verhältnis von 3 zu 2 auf 140 Proz. zuzüglich Aktienstempel und Schlusskassentempel überbringt.

Portland-Zementwerk Schwanebeck Akt.-Ges., Schwanebeck. Vom Aufsichtsrat wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. für das Geschäftsjahr 1909 vorzuschlagen gegen 12% Proz. im Vorjahre.

Die Grobbleckkonvention setzte nach dem Fachblatt „Der Eisenhändler“ die Ueberpreisliste mit Aufschlägen auf die Grundpreise für bearbeitete Bleiche sowie für Lokomotiv-, Kessel- und Rahmenbleiche in Kraft.

Die Tuchfabrik Etmers & Puchschneider in Forst i. L. hat sich insolvent erklärt. Die Passiven betragen annähernd 100 000 Mark. Es wird ein Vergleich angestrebt.

Magdeburger Strassen-Eisen-Gesellschaft. Die Dividende wird, wie in den beiden Vorjahren, mit 8 1/2 Proz. vorgeschlagen.

Die Schucker Elektrizitäts-Akt.-Ges. wurde mit der Ausarbeitung eines Projektes zur Ausnutzung der Lechwasserkräfte betraut.

Bericht des Vereins deutscher Industriesteller. In Deutschland war der Markt ruhig bei vorwöchigen Preisen. In Dundee war der Markt ruhig bei unveränderten Preisen. Es wurden notiert: Hessians 10 1/2% 0/0 1/2 d bis 1 1/2 d, per Yard. Tarpaulins 20 0/0 45 3/4 d, per Yard, Nr. 6 Schussamm 1 sh. 5 d, per syndicat. In New York bedingten Hessians 10% 0/0 40 3/4 d, per Yard. In Kalkutta waren Feiertage.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 17. Febr. Am Frühmarkt notierten: Weizen inklud. 225,50 277,50 ab Bahn und frei Mühl. Roggen inkl. 185,00 192,50 ab Bahn und frei Mühl. Hafer, märkisch, mecklenb. a. pomm., besser, pommerscher u. schlesischer ten 174 bis 182, mittel 168-173, gernte 162-167, russischer und Donau mittel 157-183, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 105, türkischer 100, runder 138,0 100,00 tra. Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 149,00 bis 160,00, gute 150, russische und Donau leichte 131,00 135,00, schwere 135-145 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 162-164, Tabunbrenn 170-182 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 0/27,50-30,50. Roggenmehl 0/27,50-30,50. Weizenklein 11,50-12,50. Roggenklein 11,50 bis 12,50.

Magdeburg, 17. Febr. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weissen, englischer und Sommer, ruhig, gut 215-220, Kolben Sommer, gut 224-234, Hafer, gut 205 2/5, Roggen, inländ. hart, gut 456-461, Gerste, flau hes. Chevaliergezerte gut 162 1/2, feinste aber Notiz, hiesige Landgerste gut 155-160, ausländische Futtergerste stetig, gut 130 bis 140, Hafer stetig, inländ. gut 105-112, Mais stetig, runder gut 150 1/2 0/0.

Hamburg, 17. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen still, Ostholst. Mehl 185-220, Roggen still, Meckburg und Pomm. 190-195, Gerste ruhig, strudras, 115-118, Hafer ruhig, Mecklenerger 156 bis 178,00, Mais ruhig, La Plata 121-122.

Liverpool, 17. Febr. Roter Winterweizen per März 8 1/2% per Mai 8 1/2%, blauer Winterweizen per März 8 1/2%, per Mai 8 1/2%, bester, hiesiger, bunter, amerik. anker per März 13,85% per Mai 13,85% G. 13,80 B. per Okt. 11,90 G. 11,91 B. Roggen per April 9,41 G. 9,41 B. per Okt. 8,50 G. 8,50 B. Hafer per April 7,43 G. 7,43 B. per Okt. 6,50 G. 6,50 B. Mal 8,50 G. 8,50 B.

Antwerpen, 17. Febr. Deutscher La Plata, Kontrakt B., per Febr. 6,00, April 5,92 1/2, Juni 5,57, Aug. 5,16, Okt. 5,07 Fr. Umsatz 460,000 kg. Bhpt.

Zucker.

Hamburg, 17. Febr. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usancen, frei ab Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	13,25	13,33 1/2	13,35 Mk.
per März	13,25	13,32 1/2	13,35
per April	13,37 1/2	13,42 1/2	13,45 1/2
per August	13,35	13,47 1/2	13,57 1/2
per Oktober	11,37 1/2	11,37 1/2	11,37 1/2
per Dezember	11,20	11,20	11,20

stetig ruhig

Kaffee.

Hamburg, 17. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	36 1/2 G.	36 1/2 G.	36 1/2 G.
per Mai 47 1/2 per Dez.	36 1/2 G.	36 1/2 G.	36 1/2 G.
per September	36 1/2 G.	36 1/2 G.	36 1/2 G.
per Dezember	36 1/2 G.	36 1/2 G.	36 1/2 G.

ruhig behauptet behauptet

Bayre, 17. Febr. Kaffee good average Santos per März 48 1/2 per Mai 47 1/2 per Dez. 46 1/2 Rio de Janeiro, 17. Febr. Kaffee-Zutuhren 10,000 Sack in B. 7,000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 17. Febr. Eier pro Schock, vollreife ausländische — — —, in- und ausländische besseresorten 3,75-4,20, in- und ausländische üblicherer Sorten 3,65-4,20, hiesige — — —, Kalkauer — — —, kleine Eier 2,50-3,00 Mark. Festset.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 17. Febr. Kartoffelmehl u. -stärke 20,00-20,60 Feuchte Stärke 10,20.

Hamburg, 17. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00-21,50.

Spiritus.

Nordhausen, 17. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105-108 l. 85,50-88,50 Mk., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg 109-107 l. 95,90-94,50 Mk., per Oktober 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. 100 kg 105-108 l. 85,50-88,50 Mk., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg 109-107 l. 95,75-96,75 Mk., per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerie.

Fettwaren und Oele.

Köln, 17. Febr. Ruböl koln. 60,00, per Mai 58,50.

Hamburg, 17. Febr. Stachmalz 79,00, amerik. Steam C350, Chamberlain 95,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 17. Febr. Chilisalpetrer per 100 kg 8,65. Febr.-März 8,90 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 17. Febr. Baumwolle still. Up. koln middl. 76,00 Pfd. Liverpool, 17. Febr. Baumwolle. Umsatz 12,000 Ballen, davon Import 23,000 Ballen, davon Amerikaner 14,000 Ballen.

Alexandria, 17. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 28,12. Mai 28,12, Nov. 22,05.

Metalle.

London, 17. Febr. Chili-Kupfer ruhig 59 1/2, 3 Mon. 59 1/2. Zinn Straits fest 161 1/2, 3 Monat 159 1/2. Blei span. lang 157, englisch 137 1/2, Zink gewöhnliche Marke, trägt 92 1/2, spez. Marke 24.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Null)

Stätte und Ursprung	16. Febr. +116	16. Febr. -114	Fall	Wuchs
Atern, Bückenpegel	+1,48	+1,46	—	—
Nebra, Oberpegel	+1,72	+1,72	—	—
Unterpegel	+2,64	+2,64	—	—
Weissenfels, Oberpegel . .	+1,08	+1,08	—	—
Unterpegel	+2,58	+2,52	6	—
Troth	+2,4	+2,59	5	—
Alsboben, Oberpegel . . .	+2,38	+2,23	10	—
Unterpegel	+2,18	+2,18	—	—
Karba, Oberpegel	+1,86	+1,82	4	—
Unterpegel	+1,82	+1,74	8	—

Stätte	Febr. Fall	Wuchs	Febr. Fall	Wuchs
Jungbunzl., 16 +0,05	—	—	Wittenburg 17. +1,81	11
Lau +0,18	—	—	Rosslau 17. +2,32	15
Budweis . . +0,02	—	—	Barby	+2,36
Frag +0,28	3	—	Schönbeck	+2,10
Brandeis . . +0,41	8	—	Magdeburg	+1,53
Melmk +0,42	8	—	Wittenburg	+2,7
Leitznitz 17. +0,57	8	—	Domitz	+2,2
Dresden . . . +0,82	8	—	Reitzow	+1,98
Torgau +1,42	11	—	Lauenburg	+2,31

Aussig, 17. Febr. Pegelstand plus 67 cm. Vom Oberlauf werden 90 cm Fall gemeldet.



